



ISN – Interessengemeinschaft  
der Schweinehalter  
Deutschlands e.V.

Kirchplatz 2, 49401 Damme  
Postfach 1117, 49394 Damme

Telefon 054 91/96 65-0  
Telefax 054 91/96 65-19

ISN e.V. · Postfach 1117 · 49394 Damme

Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft  
Herrn Minister Christian Schmidt  
Wilhelmstr. 54  
11055 Berlin

Damme, 28.08.2015

## **Offener Brief Preisverfall am Schlachtschweinemarkt – Sondersitzung Agrarrat**

Sehr geehrter Herr Minister Schmidt,

mit Blick auf die Sondersitzung des EU-Agrarrates am 07.09.2015 und auf die jüngsten Äußerungen des EU-Agrarkommissars Phil Hogan möchten wir unsere Sorge zum Ausdruck bringen, dass sich die wirtschaftliche Situation der Schweinehalter durch falsche staatliche Markteingriffe weiter verschlechtern wird. Anlass unserer Sorge sind die jüngsten Diskussionen und Vorschläge zur Lösung der Preiskrise. Die Marktsituation für deutsche Schweinehalter ist derzeit ohne jeden Zweifel ruinös. Allerdings sind die derzeit vorliegenden Vorschläge wenig zielführend.

Die Verschärfung von Tierhaltungsvorgaben auf EU-Ebene, z.B. beim Thema Platz, zur (theoretischen) Angebotsreduktion wäre sogar kontraproduktiv, denn hierdurch würden die Erzeugungskosten noch weiter in die Höhe getrieben. Die katastrophale Situation würde im Ergebnis sogar noch weiter verschärft. Eine Abstockung lediglich in Deutschland würde im freien EU-Markt zudem schlicht verpuffen - zu Lasten der deutschen Schweinehalter, vor allem auch der deutschen Ferkelerzeuger. Wenn man dieses Thema diskutiert, darf es aus unserer Sicht nur um einheitliche Platzvorgaben für alle Schweine in der EU gehen. Denn während die derzeit gültige EU-Richtlinie beispielsweise einen Mindestplatz von 0,65 m<sup>2</sup> für Mastschweine bis 110 kg vorgibt, liegt die deutsche Gesetzgebung schon heute um 15 % darüber (0,75 m<sup>2</sup>). Auch wenn die nationalen Vorgaben in einigen Ländern – wie in Deutschland – höher liegen, so ist das längst nicht in allen EU-Staaten der Fall.

Gleichzeitig muss auf EU-Ebene auf eine einheitliche Durchsetzung der Vorgaben durch Kontrollen „nach deutschem Standard“ gedrängt werden. Es darf nicht sein, dass Deutschland die Vorgaben in der Praxis umsetzt, andere Länder dies jedoch zunächst nur auf dem Papier tun. Derartiges haben deutsche Schweinehalter schon bei der Gruppenhaltung der Sauen schmerzhaft erleben müssen.

Auch die immer wieder im Zusammenhang mit dem Preisverfall am Schlachtschweinemarkt von verschiedenen EU-Staaten diskutierten Markteingriffe wie Exporterstattungen, Private Lagerhaltung o.ä. lehnen wir klar ab.



Wir hatten Sie in dieser Sache bereits am 22.12.2014 angeschrieben und in diesem Zusammenhang u.a. auf die bereits zum damaligen Zeitpunkt schwierige wirtschaftliche Situation der deutschen Schweinehalter hingewiesen. In diesem Zusammenhang möchten wir anmerken, dass sich unsere im letzten Brief geäußerte Sorge bezüglich der Privaten Lagerhaltung für Schweinefleisch leider bestätigt hat. Gegenwärtig werden die im Frühjahr eingelagerten Mengen wieder ausgelagert. Diese belasten die Märkte momentan zusätzlich und drücken auf die Preise. Dies ist ein eindrücklicher Beleg, dass uns solche Maßnahmen nicht helfen. Unser Fazit: Für die jüngste PLH wurden nicht nur etwa 17 Mio. Euro Steuergelder in den Sand gesetzt, dem Schweinesektor wurde damit zusätzlich noch in erheblichem Maße finanzieller Schaden zugefügt.

Stattdessen ist es - auch vor dem Hintergrund des weggebrochenen Russlandgeschäfts - aus unserer Sicht dringend notwendig, im Exportbereich zusätzliche Absatzventile für die deutsche Fleischbranche zu öffnen. Vor allem eine Beschleunigung der Verhandlungen zum Abschluss weiterer Abkommen zu Veterinärzertifikaten ist hier dringend erforderlich. Dies würde eine spürbare Marktentlastung zur Folge haben und maßgeblich zur Entspannung der ruinösen Preissituation auf der Erzeugerseite beitragen. Die Exportfrage ist übrigens relativ unabhängig vom Selbstversorgungsgrad zu sehen. Selbst bei einer Halbierung des SVG hätten wir die annähernd gleiche Problematik. Bedenkt man, dass heutzutage aus einem Schwein bis zu 2.000 verschiedene Artikel hergestellt werden, wird klar, welche besondere Bedeutung dem Export zukommt. Es geht insbesondere darum, dass aufgrund der weltweit unterschiedlichen Konsumgewohnheiten für jedes Teilstück eine passende Absatzmöglichkeit gefunden werden kann. Eine sinnvolle und ganzheitliche Verwertung des Nutztiers Schwein ist im Sinne der Nachhaltigkeit vor allem wirtschaftlich und ethisch unerlässlich.

Dass die Verhandlungen mit anderen Staaten – in einem unbestritten schwierigen geopolitischen Umfeld - zäh sind und mitunter lange dauern, ist uns klar. Andere europäische Staaten zeigen aber besonders auch in den vergangenen schwierigen Monaten sehr deutlich, wie man neue Exportmärkte zur Entlastung des heimischen Marktes öffnen kann. So haben die Niederlande im Mai 2015 mit Indien eine neue Vereinbarung zum Export von Schweinefleisch abgeschlossen und Spanien konnte in den ersten vier Monaten dieses Jahres eine Zunahme der Schweinefleischexporte um 16% verbuchen. Die Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft und Behörden klappt dort offenkundig deutlich besser.

Sehr geehrter Herr Minister Schmidt, sprechen Sie sich in Brüssel gegen weitere staatliche Markteingriffe aus und machen Sie den Export zur Chefsache! Bauen Sie Bürokratiebarrieren ab und starten Sie eine Exportoffensive! Augenmaß für ein wirksames Maßnahmenpaket ist mehr denn je gefordert.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Heinrich Dierkes  
- Vorsitzender -

gez. Dr. Torsten Staack  
- Geschäftsführer -